

Die „Freiheit“ erscheint wochentlich, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei jeder Zustellung ins Haus für Post-Berlin 1.50 M., im voraus zahlbar. Für Postbezugsnehmer sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Streifenbogen für Deutschland und Österreich 10.— M., für das übrige Ausland 13.50 M., zuzüglich Postzuschlag, per Viertel für Deutschland und Österreich 17.— M. Redaktion und Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Amt Norden 533-36, 2595 und 2596.

Inhalte: In die achtgipf. Kompartimente oder deren Raum 1.20 M., zuzügl. 30% Erwerbszuschlag. Familien- und Organisationsangelegenheiten der achtgipf. Kompartimente 2.40 M., netto. Kleine Anzeigen: Das festgedruckte Wort 1.15 M., jedes weitere Wort 85 Pfg., zuzügl. 50% Leveragezuschlag. Stellenangebote, Familien- u. Organisations-Werbungsanzeigen kosten das festgedruckte Wort 1.15 M., jedes weitere Wort 65 Pfg., netto. Inseraten-Abteilung: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 Fernsprecher: Amt Norden 533-36, 2595-96, 9768

FREIHEIT

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die verumpfte sächsische Krise.

Aus Sachsen wird uns geschrieben:
Vor einigen Tagen überraschte die rechtssozialistische Fraktion der sächsischen Volkskammer die Welt durch einen Anfall plötzlicher Energie. Sie respektierte nicht einmal die Ferien des Ministerpräsidenten Gradnauer, sondern sandte ihm eine Deputation in die Frühlingstrübe, die ihn und seinen Kollegen Uhlig, den Minister des Innern zum Rücktritt nötigte. Diese sensationelle Aufmachung konnte Optimisten zu der Ansicht verleiten, daß ein radikaler Bruch mit der bisherigen Koalitionspolitik in Sachsen gesamt sei, zumal auch bekannt wurde, daß die Rechtssozialisten die Unabhängige Sozialdemokratie wieder einmal wegen des Eintritts in die Regierung sondiert hätten. Noch vor der Abfertigung der beiden Minister war den Rechtssozialisten indes von der Leitung unserer Partei Bedeutung worden, daß diese vor den Wahlen nicht an eine Beteiligung an der Regierung in Sachsen — natürlich komme überhaupt nur eine rein sozialistische für sie in Frage — denken könne, da sie die Verantwortung für die bisherige Politik bei den Wahlen nicht zu übernehmen geneigt sei. Es mußte erst die Säule der sozialdemokratischen Parteien festgesetzt und die Rechnungen der Vergangenheit beglichen werden. Zugleich wurde aber zu verstehen gegeben, daß eine Verbindung der Volkskammer mit den Reichstagswahlen einmündig sei, damit alsbald eine klare Entscheidung getroffen werden könnte. Die Landesversammlung unserer Partei, die am Freitag, den 23. d. M., in Leipzig tagte, hat diese Haltung gebilligt und unterstützt. Ehe sie aber noch geschlossen, hatte die rechtssozialistische Kammerfraktion den beiden Ständeböden durch ihre Deputation schon die seidene Schur überreicht lassen.

Das konnte als der Einbruch gedeutet werden, die Forderungen der Unabhängigen Sozialdemokratie zu erfüllen oder auch als der Versuch einer PreSSION auf unsere Partei, von ihrem Beschlusse abzugehen, erst nach den Wahlen in eine sozialistische Regierung einzutreten. Die Landesversammlung der Rechtssozialisten, die am 25. und 26. April in Meissen getagt hat, läßt indes erkennen, daß beide Annahmen zu weit gegangen wären. Für die Mehrheit der rechtssozialistischen Partei scheint es sich nur darum gehandelt zu haben, durch die Opferung gewisser Personen die Wahlchancen zu verbessern. Ob eine Niederwert weisende Absicht gehabt hat, läßt sich aus den Verhandlungen, von denen wichtige Teile der Öffentlichkeit überhaupt entzogen wurden, nicht erkennen. Das Ergebnis ist jedenfalls, daß alles beim Alten bleiben soll, daß nur ein Personenwechsel, keine Systemänderung vorgenommen wird. Man opfert die beiden Minister, die im Vordergrund stehen und gegen die sich die Unzufriedenheit der Arbeiterklasse deshalb vornehmlich richtet, um den Anschein herbeizuführen, als ob etwas Beschwerliches, die Bekämpfung der mangelnde Energie bei der Demokratisierung der Verwaltung usw. zu beheben. Dabei sind, wie die Reden der Mehrheitsvorsitzer zeigen, diese der Ansicht, daß die Herren Gradnauer und Uhlig alles getan hätten, was sie tun konnten, daß ihre Nachfolger auch nicht mehr und nichts anderes werden tun können, daß die Scheidenden den Dank der Partei verdienen. Die Ausscheidung ist also im Grunde genommen ein nicht sehr aufrichtiger Akt. Eine Scheidung, die den Wählern den Anschein einer bedeutenden Wendung vorzubereiten soll, die in Wirklichkeit weder beabsichtigt ist, noch für möglich gehalten wird.

Eine Opposition ist zwar da, die „Chemnitzer Richtung“, die in ihren Anträgen mehr Energie bei der Demokratisierung der Verwaltung, der Inangriffnahme und Vorbereitung der Sozialisierung, der Säuberung der Reichswehr usw. forderte und eine Arbeitsgemeinschaft mit der Unabhängigen Sozialdemokratie und vielleicht gar den Kommunisten angestrebt haben möchte. Aber diese Opposition verlagert gerade da, wo sie den Fuß beim Male halten möchte, wo es um die praktische Verwirklichung ihrer Bestrebungen und nicht mehr um allgemeine Deklamationen geht. Einstimmig konnte am Montag der folgende Antrag zur Regierungsbildung, der das Ergebnis der vertraulichen Sitzung war, zur Annahme gebracht werden:

„Die Sozialdemokratische Partei Sachsens bekennt sich nach wie vor zu dem Grundsatz der Demokratie, wie er in dem Erklärungsprogramm festgelegt und in der Tradition der Partei verankert ist. Die Unabhängigen Sozialdemokraten hat den Eintritt in ein nach diesem Grundsatz zu bildendes Ministerium abgelehnt; sie werden nach den Beschlüssen ihrer letzten Landesversammlung nicht beteiligen. Die unabhängige Sozialdemokratie bringt damit erneut zum Ausdruck, daß sie praktische Arbeit für unser leidendes Volk nicht leisten und keinerlei Verantwortung im Staatsleben tragen will. Die Landeskonferenz der sächsischen Sozialdemokratie

Die französischen Sozialisten und der 1. Mai

Eine Kampfanzeige.

Wie überall, rüsten auch die französischen Sozialisten, die Maifeier zu einer machtvollen Kundgebung des internationalen sozialistischen Gedankens zu gestalten. Partei und Gewerkschaften sind sich darin einig, daß das Proletariat den 1. Mai benutzen muß, um der noch immer ungebrochenen kapitalistischen und militaristischen Reaktion in Frankreich den sozialistischen Willen der Arbeiterklasse entgegenzusetzen.

Unter welchen Verhältnissen die Vorbereitungen zum 1. Mai in Frankreich verlaufen, zeigt folgender Vorfall: Der sozialistische Abgeordnete Bailliant-Couturier hat im „Populaire“ einen Artikel veröffentlicht, in dem die Soldaten aufgefordert werden, bei etwaigen Zusammenstößen mit Demonstrationen am 1. Mai nicht zu schießen. Auf Grund dieses Artikels wurde in der Kammer ein Antrag eingebracht, die Immunität des Verfassers aufzuheben. Um diesem türkischen Streich der Reaktion zu begegnen, haben sich sämtliche Mitglieder der sozialistischen Kammerfraktion mit ihrem Kollegen solidarisch erklärt. Sie veröffentlichten gestern einen Artikel an der Spitze der „Humanité“ und unterzeichneten ihn sämtlich, auch die rechtssozialistischen Abgeordneten nicht ausgenommen.

Dieser Vorfall ist ein bemerkenswerter Aufstich zur Maifeier in Frankreich. Zeigt er doch, wie bestia dort die Klassengegensätze aufeinander prallen und wie glänzend sich die Solidarität und Disziplin in den Reihen der sozialistischen Arbeiterklasse bewährt. Wir sind dessen sicher, daß das französische Proletariat nun mit verstärkter Macht und Energie seine Klassenforderungen am 1. Mai kundgeben und die Kampfanzeige entsprechend beantworten wird, die ihm das Parlament als Instrument der kapitalistischen Reaktion ins Gesicht geschleudert hat.

Ein neuer Eisenbahnstreik in Frankreich beschlossen.

Paris, 29. April.

Die Vereinigung der Genossenschaften der Eisenbahner hat mit 28 gegen 24 Stimmen den Beschluß gefaßt, am 30. April um Mitternacht in den Streik zu treten. Seit gestern

vormittag verhandelt der Verwaltungsausschuß des Allgemeinen Arbeiterverbandes (C. G. T.) mit den Delegierten der Eisenbahner, ob dieser Beschluß gutgeheißen werden kann und ob die C. G. T. sich mit dem Streik einverstanden erklärt. Ist doch bei dem letzten Kongreß der Eisenbahner eine Tagesordnung angenommen worden, in der erklärt wird, der Streik könne nur proklamiert werden nach vorherigem Einverständnis mit dem Allgemeinen Arbeiterverbande. Im Laufe des heutigen Tages wird die Entscheidung über den Streiksbefehl erwartet. Zu bemerken ist, daß der Streiksbefehl von der neuen Leitung der Eisenbahner schon seit zwei Tagen gegeben worden ist.

Das russische Handelsabkommen unterzeichnet.

H.N. Kopenhagen, 29. April.

Das gestern formell unterzeichnete Abkommen zwischen den russischen Konsumvereinigungen und den internationalen industriellen und kommunalen Gruppen über die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen zwischen Rußland und der übrigen Welt sieht die Gründung eines Clearinghauses in Kopenhagen vor.

Politische Rechnungsträger.

Wie die „Völkische Zeitung“ mitteilt, tragen sich einige Persönlichkeiten, die früher in der Fortschrittlichen Volkspartei an leitender Stelle standen, und der Deutschen Demokratischen Partei bei ihrer Gründung nur nach einem einzigen Schwanken beitraten, jetzt mit der Absicht, ihren Austritt zu erklären. Wir finden das Verhalten dieser Herren ganz erklärlich. Als im November 1918 eine demokratische Welle durch das Bürgertum ging, glaubten sie, ihre Forderungen mit der Demokratischen Partei machen zu können. Jetzt, wo das Bürgertum mit jedem Tag reaktionärer wird, die Angestellten und Beamten aber der Demokratischen Partei in Scharen den Rücken zugehren, weil sie zur Vertretung des Großkapitals ist, glauben die Herren die Zeit für gekommen, den Anschlag nach rechts zu suchen. Eine solche Entwicklung ist nur zu begrüßen, denn sie schafft freie Bahn und Klärt die Lage.

die beauftragt die Volkskammerfraktion in Gemeinschaft mit dem Ministerium bei der Bildung des neuen Gesamtministeriums nur Männer zu berufen, die sich verpflichten, die demokratisch-sozialistischen Grundsätze rückhaltlos zur Durchföhrung zu bringen. Dem aus der Regierung austretenden Genossen, die sich in der schwersten Zeit unserem Lande zur Verfügung stellten, spricht die Landeskonferenz für die gebrachteten Opfer ihren Dank aus.“

Das bemerkenswerte an diesem Antrage ist, daß er die Haltung unserer Partei durchaus falsch darstellt. Sie hat den Eintritt in eine rein sozialistische Regierung nicht absolut abgelehnt, sondern ihn nur vor den Wahlen verweigert. Wenn den Rechtssozialisten daran gelegen gewesen wäre, aus den Fesseln der Koalition mit den Bürgerlichen freizukommen, so hätten sie durch Zusammenlegung der Kammerwahlen mit den Reichstagswahlen nach einem kurzen Provisorium zu der sozialistischen Regierung kommen können. Aber dieser Wille war nicht vorhanden. Schon in dem Referat Sindersmanns wurde sehr deutlich erklärt, daß die Koalition weiter notwendig sein werde, daß man mit den Unabhängigen nicht arbeiten könne. Noske hat das in noch viel schärferer Weise unter wüstem Boltern gegen die Chemnitzer Richtung herausgestellt. Er rechtfertigte nicht bloß die Koalition in der Vergangenheit, sondern erklärte sie auch künftig für nötig, weil er offenbar an eine sozialistische Reichstagsmehrheit von vornherein nicht glaubt. Aber er möchte eine sozialistische Regierung nicht einmal, wenn die sozialistische Mehrheit da wäre, weil das seiner Ansicht nach nur die Belastung mit unerfüllbaren Verpflichtungen bedeuten würde. Sozialismus ist nach ihm in dem zusammengebrochenen Deutschland nicht möglich; man müsse den Genossen immer wieder sagen, „Ihr müßt die Hände zusammenheften und ein Jahrzehnt warten“. Ganz der gleichen Ansicht ist Gradnauer, der in mehr gefälschter, weniger aggressiver Form als Noske die Politik des Opportunismus in ausgeprobenster Weise entwickelte. Er will auch im Wahlkampf Rücksicht auf die Koalition genommen wissen. Schon das Aussprechen der Koalition, daß man der Arbeit mit den Bürgerlichen in

absehbarer Zeit überhoben werde, geht ihm wider den Strich — weil das zum Abirren der Demokraten führen könnte. Die Politik der Unabhängigen ist ihm unsinnig und unvernünftig, ein Arbeiten mit ihnen für ihn unmöglich. Die Chemnitzer Richtung hatte sich schließlich darauf zurückgezogen, daß man wenigstens auf dem Gebiete der Demokratisierung der Verwaltung vorwärts gehen könne. Aber auch hier brems Gradnauer, und mit ihm der bisherige Innenminister Uhlig.

In der Beleuchtung dieser Reden tritt der wirkliche Wert der Abstimmung über die Anträge der Chemnitzer, die der Reichskonferenz überwiesen wurden, hervor. Der Versuch eines Chemnitzer Delegierten, aus diesem Motum so etwas wie eine Verpflichtung auf eine Art Chemnitzer Aktionsprogramm herauszulesen, wurde denn auch von der Mehrheit sofort entschieden abgelehnt.

Die Lektion der Kapp-Lage ist also für die sächsische rechtssozialistische Partei noch nicht nachhaltig genug gewesen. Sie hält fest an ihrer bisherigen Koalitionspolitik. Sie will den Wahlkampf zwar, so wurde von den verschiedensten Rednern betont, in erster Linie gegen rechts führen, aber sie nimmt dabei offensichtlich die Demokraten aus und sie nimmt des weitern in Aussicht, einen scharfen Kampf gegen den Standpunkt der Unabhängigen und Kommunisten zur Diktatur des Proletariats zu führen. Sie geht diesen Wahlen, wie die Verhandlungen zeigten, mit schweren Befürchtungen entgegen. Aber sie wird gerade deshalb verzweifelt kämpfen, und so wird das Ergebnis eine Verschärfung des Kampfes auch unter den Sozialdemokratischen Parteien sein. Darüber muß sich die Unabhängige Sozialdemokratie klar sein.

Die sächsische Regierungskrise wird in wenigen Tagen beendet sein. Die geheime Sitzung hat den Werkschlichtungsbeamten und Stadtrat Bud (Dresden), der vor Bildung der Koalitionregierung das Kultusministerium verwaltete, als Ministerpräsidenten vorgeschlagen, und Herr Bud hat zugestimmt unter der Bedingung, daß die Arbeiterklasse sich nicht erlauben dürfe, durch Aktionsausschüsse, Deputationen usw. eine „Rebellenregierung“ auszuüben. Die

wagten für die Volkstammer will die Mehrheit bis in den Herbst verschoben wissen, in der Annahme, daß die Stimmung für ihre Partei besser werden wird, wenn die schlimmsten Lebensmittelschwierigkeiten überwunden sind. Das bedeutet, daß die Vertiefung von der rechtssozialistischen-bürgerlichen Koalition gemacht wird. Es sieht also für die nächste Zukunft nicht erhellend in Sachsen aus. Es bleibt alles beim Alten! Es ist, als wäre das Zusammenarbeiten der sozialdemokratischen Parteien bei der Abwehr des Kapp-Putsch nicht gewesen. Aber die Chemnitzer Richtung ist nicht von ungefähr. Und so innerlich Schwach und so wenig energiegelich sie noch ist, und so wenig Hoffnung wir auf sie selbst setzen, sie spiegelt doch eine Bewegung wieder, die in der Arbeiterschaft vor sich geht und weiter wächst. Wenn die Rechtssozialisten sich gegen sie stemmen wollen, so werden sie die Folgen tragen. Die Partei des klaren sozialistischen Willens, des revolutionären Fortschreitens, die Unabhängige Sozialdemokratie, wird das Vertrauen der Arbeiterklasse im wachsenden Maße gewinnen. Die Wahlen werden es zeigen.

Heinrich Ströbel — der Kommunist.

Der von der Charlottenburger Stadtverordnetenversammlung eingeholt Untersuchungsausschuss hat neben anderen sehr wichtigen Feststellungen, über die noch nach Vorliegen des ausführlichen Berichts zu berichten sein wird, in seiner Sitzung am Dienstag folgenden bezeichnenden Fall festgestellt:

Von einem Posten, der den lapidaren Anordnungen folgenden Charlottenburger Einwohnervorwehr war ein gewisser Ströbel aufgefordert worden, sich zu legitimieren. Er widersetzte sich diesem Befehl, wurde nach dem Lokal der Einwohnervorwehr gebracht, wo seine Papiere geprüft wurden. Als die zahlreich anwesenden Offiziere der Einwohnervorwehr und der Reichsvorwehr den Namen Ströbel hörten, schrien sie wild auf und forderten, daß er, der bekannte Kommunist Ströbel, sofort erschossen werden müsse. Am nächsten ging dabei ein gewisser Oberleutnant von Stahn, der, als einige andere zur Besonnenheit mahnten, erklärte, dann würde er ihn selbst erschießen. Schließlich gelang es aber doch, die mordlustigen Offiziere zu beruhigen, und als es dem Verhafteten gelang, ihnen beizubringen, daß er Ströbel und nicht Ströbel sei, war man allgemein sehr peinlich berührt und gab ihn frei. Als Entschädigung erhielt er 400 Mark ausbezahlt und mußte sich durch eine schriftliche Erklärung zum Schweigen über den Vorfall verpflichten.

Der vorstehende Sonderfall wurde dem Untersuchungsausschuss durch einige Beteteiligte einwandfrei festgestellt. Er waren allerdings sehr empört von dem angeblichen Wortbruch des Ströbel und wurden darin von den Vertretern der reaktionären Parteien unterstützt, die Neugierungen fallen ließen, die zu der Annahme berechtigten, es sei nach ihrer Meinung doch eigentlich besser gewesen, einen solchen Menschen gleich zu erschießen.

Die höheren Beamten gegen die Untersuchungsausschüsse.

Der Berufsverband der höheren kommunalen Beamten in Groß-Berlin wendet sich in einem Beschluß gegen die Disziplinaruntersuchungen durch Stadtverordnetenkommissionen. Sie hätten zwar das Recht der Kontrolle der Verwaltung, aber keinerlei Untersuchungs- oder Disziplinarbefugnisse gegen die Beamten. Es bestie daher auch keine Pflicht der Beamten, den Ladungen solcher Ausschüsse Folge zu leisten. Daß dieser Beschluß nichts anderes als eine Deckung der Schuldi gen bedeutet, ist nach den in den verschiedenen Ausschüssen gesammelten Erfahrungen selbstverständlich. Die Ausschüsse sollen es deshalb überall auf diese Weigerung ankommen lassen, damit der Widerstand derartiger renitenter Elemente, die sich am Gemeinwohl so schwer veründigt haben, mit aller Entschiedenheit gebrochen werden kann.

Im übrigen zeigt diese Erklärung, wie auch die Erfahrungen, die in allen Gemeinden speziell mit den höheren Be-

amten gemacht worden sind, daß es ein auf die Dauer unmöglicher Zustand ist, daß diese Herrschaften in schroffem Widerstand zu den Beschlüssen der Stadtverordneten und Gemeindevorstände handeln, ohne daß die Stadtverordneten die Möglichkeit haben, ihren Widerstand anders als in einem ganz umständlichen und Monate dauernden Disziplinarverfahren zu brechen.

Die proletarische Masse war stets eine Kundgebung für internationale Solidarität, für friedliches Zusammenleben der Völker, für Beseitigung aller imperialistischen und militaristischen Treiberien.

Auch in diesem Jahre muß das Proletariat an diesen Parolen festhalten. Der Imperialismus und Militarismus sind nicht besiegt. Sie halten noch immer die Völker in ihren Sklavenketten und schaffen neue Herde für internationale Konflikte und Kriege.

Auch nach der Beilegung des blutigsten aller Kriege ist der Völkerruhe nicht gesichert. Der Kapitalismus zeigt sich nicht nur außerstande, die Konflikte, die er selber geschaffen, wieder zu beseitigen, er ruft vielmehr immer neue Konflikte hervor und stößt mit bewaffneter Hand die sozialistische Friedensarbeit des Proletariats.

Der Weltkrieg hat gezeigt, daß der Kapitalismus nicht imstande ist, den Frieden der Völker aufrechtzuerhalten. Die Friedensschlüsse von Brest-Litowsk, Versailles und St. Germain haben gezeigt, daß der imperialistische Friede kein Friede, sondern die Vorbereitung neuer Kriege ist. Der Kampf der kapitalistischen Mächte gegen Sowjetrußland zeigt, daß der Kapitalismus Feind jedes sozialistischen Aufbaues, jeder Selbstbestimmung der Völker ist.

Arbeiter! Lernt aus diesem Zusammenhange, demonstriert am 1. Mai für den Sozialismus, denn nur er schafft Frieden und Völkerverbrüderung, nur er befreit die Sklavenketten, mit denen die besiegenden Klassen die arbeitenden Massen gefesselt haben!

Nur ein Proletariat!

Der „Sozialdemokrat“ Ebert befähigt ein Todesurteil.

W. L. A. berichtet: Das außerordentliche Kriegsgericht in Weisel hat in der vorgelesenen Besetzung durch drei Richter am 17. d. Mts. den Eisenträger Christian Kopp aus Dülberg wegen Mordversuches und schweren Diebstahls zum Tode verurteilt. Kopp hat nach seinem eigenen Geständnis am 23. März dieses Jahres im Rippes-Schloß bei Weisel den dort im Keller mit anderen Gefangenen zusammen eingesperrten Leutnant Weber von der Reichswehrbrigade eigenmächtig hinweggeholt und zusammen mit anderen Leuten im Hofe niedergeschossen. Die Täter ließen dann den durch Wundschuß schwer verwundeten Offizier liegen, damit er noch länger die Schmerzen ausstehen sollte. Später hat ein Kompanieführer der Roten Armee den behauerten Offizier mit einem Messer die Kehle durchgeschnitten. Kopp hat darauf die Leiche beseitigt. Bei dem Versuch, die Uhr des Ermordeten zu verkaufen, wurde er einige Tage später verhaftet. Der Reichspräsident hat es in diesem Falle abgelehnt, von seinem Begnadigungsrecht Gebrauch zu machen.

Wenn die Tatsachen wirklich so lagen, wie sie in dieser offiziellen Meldung geschildert werden, so wird man das Verbrechen natürlich nicht entschuldigen können. Wir erinnern bei dieser Gelegenheit aber daran, daß die Mörder von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg noch immer straffrei herumlaufen; daß die grauenvollen Ermordungen und Verbanungen der katholischen Gesellen in München, die durch Reichswehr-

kolonnen begangen wurden, wegen „Lohnkriegs“ mit inoffiziell geringen Strafen geahndet worden sind, daß der Oberleutnant Marlob, der die Einschließung der 20 Matrosen auf dem Gewissen hat, mit einigen Wochen Festung davongekommen ist. Das waren Regierungskriegskrieg, die milde behandelt werden mußten. Ein Proletarier dagegen, der sich in der Erbitterung des Kampfes zu einer ähnlichen Tat hinreißt, muß dafür mit seinem Leben büßen. Und der „sozialdemokratische“ Präsident befähigt das durch ein bürgerliches Klassengericht gefällte Todesurteil, trotzdem in dem Programm seiner Partei die Abschaffung der Todesstrafe gefordert wird!

Unwürdige Treiberien.

Der unabhängige Zeitungsdiens teilt mit: Nachdem in der kommunistischen Presse ein angeblicher Funkspruch des „Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale“ als Antwort auf die Resolution des Leipziger Parteitag abgedruckt worden ist, beginnt nun die Berliner „Rote Fahne“ die Veröffentlichung eines umfangreichen Schreibens an die deutsche Arbeiterklasse, das vom Exekutivkomitee der dritten Internationale stammen soll.

Nach der „Rote Fahne“ heißt es in dem Schriftstück, daß die Unabhängigen gemeinsam mit den Rechtssozialisten die schändliche Ausweitung der russischen Bolschewik in Berlin funktionierten und die Politik des Abbruchs der diplomatischen Beziehungen zur Sowjetmacht mit unterstützt haben. Daß diese Behauptung eine abseits unwarhe ist, weiß jeder, der die Ereignisse auch nur oberflächlich kennt. Die Ausweitung der russischen Bolschewik erfolgte bekanntlich vor Ausdruck der Revolution unter der Regierung des Prinzen Max von Baden, als von einer Beteiligung der Unabhängigen an der Regierung natürlich keine Rede sein konnte. Die unabhängigen Volksbeauftragten haben ferner, wie schon mehrfach öffentlich und unanfechtbar festgestellt worden ist, die sofortige Wiederaufnahme der Beziehungen zu Sowjetrußland verlangt. Scheiterten aber an dem Widerstand der Kabinettsmitglieder.

Des Weiteren wird in dem Schreiben nach der „Rote Fahne“ als Beispiel für die Verworfenheit der rechten Führer der U. P. D. darauf hingewiesen, daß Kautsky sein Buch „Terrorismus und Kommunismus“ in demselben Verlage erscheinen ließ, der die Sammlung von Dokumenten über eine deutsch-bolschewistische Verschwörung herausgegeben habe. Auch das ist unwarh. Das Buch von Kautsky ist im Verlage „Neues Vaterland“ erschienen, während die erwähnte Dokumentensammlung in einem Verlag in Bern erschienen ist.

Ferner wird Kautsky dessen angeklagt, er habe der Verleumdung über die angebliche „Sozialisierung der Frauen“ in Rußland in seinem Buche Platz gegeben. Die Wahrheit jedoch ist, daß Kautsky den angeblichen Erlass eines Dekretes über die „Requisition“ von 60 Frauen erwähnte, um zu erklären, daß man unrecht läte, die Verantwortung für diesen Erlass den Bolschewik zuzuschreiben.

Schon diese Beispiele kennzeichnen den Charakter der Verleumdungen der „Rote Fahne“. Die Mächt der „Rote Fahne“ ist, nach der beliebten kommunistischen Methode, während des öffentlichen Wahlkampfes vor allem persönliche Verleumdungen und Verleumdungen in die Reihen der Arbeiterklasse zu tragen.

Der Friedenswille Sowjetrußlands. Nach einer Moskauer Meldung „Sozialdemokratisch“ erklärte sich die Sowjetregierung nochmals bereit, mit Polen in Friedensverhandlungen einzutreten. Ebenso wurden die russischen Friedensverhandlungen mit Lettland fortgesetzt. Litauen ist darauf eingegangen, Delimitation der Verhandlungen nach Moskau zu entscheiden. Auf die neulich von uns gebrachte Erklärung der tschechischen Friedensgemeinschaft erwiderte die russische Regierung in einem Funkspruch um sofortige Einreiseerlaubnis für eine russische Sondermission nach Tschecho-Slowakei in zwecks weiterer Verhandlungen. Die Arbeiterkräfte in Bayern bleiben. In einer Bekanntmachung des Volksbildungsamtes der bayerischen Arbeiterkräfte wird erklärt, daß von einer Auflösung der Arbeiterkräfte noch keine Rede sein könne.

Die Arbeit in der Schule muß mit der Produktion verbunden werden, — dann wird sie eine ungeheure erzieherische Bedeutung haben. Nur die enge Verbindung des Unterrichts mit der Produktionsarbeit der Gesellschaft kann den Klassencharakter der jetzigen Schule beseitigen, — so schrieb Karl Marx im „Kommunistischen Manifest“. Dieses Prinzip Marxs liegt allen Reformen, die von der Sowjetregierung auf dem Gebiete der Schule und Erziehung durchgeführt werden, zugrunde.

Die Schulreform nach der Oktoberrevolution trug in Rußland vor allen Dingen den Charakter des Kampfes der Masse, um das Wissen, um die Bildung. Das Kommissariat für Volkserziehung mußte so schnell wie möglich die alte Schule, die sich auf Klassenprivilegien gründete, zertrümmern. Die Schule der vorrevolutionären Periode war im höchsten Grade vernachlässigt. Die „neue“ Schule — die Schule des „einfachen Volkes“ — war fast unterdrückt. In Bezug auf sie herrschte nicht nur Gleichgültigkeit, sondern direkt feindselige Gesinnung. Man war bemüht, sie zu einem Werkzeug der Vergiftung des Volksbewußtseins, zu einem Mittel der Verbreitung der blinden Treueunterschiedlichkeit zu machen. Auf ihren höheren Stufen war die Schule nicht nur einfach eine Schule der höheren Klassen, — sie war auch eine Abrihtungsanstalt zur Dressur von untertänigen Aufsehern über die Klassen aus dem einfachen Volke.

Diese alte Schule ist nach der Oktoberrevolution vollständig zerstört worden und an ihre Stelle ist eine neue Schule getreten. Die neue Schule Sowjetrußlands zeichnet sich durch ihren unmittelbaren Zusammenhang mit dem wirklichen Volke, durch innige Verbindung mit dem täglichen Leben und der Arbeit aus. Die neue Schule ist auf allen ihren Stufen kostenlos. Sie ist nicht nur für alle zugänglich, sie ist auch obligatorisch. Die nächste Generation wird nicht diesen unglücklichen Prozenten Analphabeten kennen, der bis jetzt Rußland kennzeichnete.

Ferner ist die Schule in Sowjetrußland eine einheitliche und eine Arbeitsschule. Der erste Begriff bedeutet, daß das ganze System der normalen Schule eine Einheit, eine ununterbrochene Leiter darstellt. Alle Kinder treten in ein und denselben Schulstufen ein und beginnen ihre Bildung auf die gleiche Weise. Alle haben sie das gleiche Recht, sich auf der Leiter bis zu den höchsten Stufen zu erheben. Gleichartig ist die Schule Rußlands auch deshalb „einheitlich“, weil sie dem Kinde nicht nur rein wissenschaftliche Kenntnisse gibt, sondern auch erzieht und es an Arbeit gewöhnt. Der die Einheitschule beendete hat, wird für die Teilnahme am Leben und an seinem Aufbau völlig vorbereitet sein.

Die Einheitschule ist aber nicht einseitig. Der Staat braucht Spezialisten und die heranwachsende Jugend hat verschiedene Neigungen und Talente. Deshalb teilen sich die Schüler vom 14. Lebensjahre an in verschiedene Gruppen, wobei jedoch die Grundfächer für alle dieselben bleiben.

Diese Gruppierungen tragen bis zum Uebergange in eine spezielle höhere Lehranstalt durchaus keinen abgeschlossenen Charakter. Die neue Schule ist eine Arbeitsschule. Das wird in ihrer ganzen jetzigen Organisation besonders hervorgehoben, da Sowjetrußland vor allem Menschen braucht, die zur Arbeit erzogen sind. Die nach diesen Grundfächern geschlossene einseitige Arbeitsschule zerfällt dem Alter der Kinder entsprechend, in zwei Stufen: die erste von 8 bis 13 Jahren, die zweite von 13 bis 17 Jahren. (Die nächste Stufe bilden die höhere Fachschule und die Universitäten.)

Auf der ersten Stufe basiert der Unterricht auf Prozessen, die mehr oder weniger handwerklichen Charakters sind, den schwachen Kräften der Kinder angemessen. Auf der zweiten Stufe rücken die Industrie — und die landwirtschaftliche Arbeit, in der Form der modernen Maschinenarbeit, an die erste Stelle. Ueberhaupt ist das Ziel der Arbeitsschule durchaus nicht die Vorbereitung des Schülers für die allseitige Bildung, die die Kinder praktisch mit den Methoden der wichtigsten Arbeitsformen bekannt macht.

Demgemäß erlernt das Kind in Sowjetrußland einerseits alle Fächer, indem es sammelt, zeichnet, photographiert, modelliert, formt, klebt, pflanzen und Tiere beobachtet, sie pflegt und aufzieht. Die Sprachen, Mathematik, Geschichte, Geographie, Physik und Chemie, Botanik und Zoologie haben in der neuen Schule eine schöpferische, aktive Unterrichtsmethode gefunden. Andererseits macht die Schule den Schüler mit den wichtigsten Arbeitsmethoden auf folgenden Gebieten bekannt: Tischler- und Zimmerarbeit, Drechselarbeit in Holz, Formen, Beschlagen, Sichern, Dreharbeit in Metall, Schmelzen, Löten und Härten der Metalle, Bohrarbeiten, Lederarbeiten, Drucken, verschiedene Zweige der landwirtschaftlichen Arbeit (auf dem Lande) usw.

Die Arbeitsschule in Sowjet-Rußland.

Die Arbeit in der Schule muß mit der Produktion verbunden werden, — dann wird sie eine ungeheure erzieherische Bedeutung haben. Nur die enge Verbindung des Unterrichts mit der Produktionsarbeit der Gesellschaft kann den Klassencharakter der jetzigen Schule beseitigen, — so schrieb Karl Marx im „Kommunistischen Manifest“. Dieses Prinzip Marxs liegt allen Reformen, die von der Sowjetregierung auf dem Gebiete der Schule und Erziehung durchgeführt werden, zugrunde.

Die Schulreform nach der Oktoberrevolution trug in Rußland vor allen Dingen den Charakter des Kampfes der Masse, um das Wissen, um die Bildung. Das Kommissariat für Volkserziehung mußte so schnell wie möglich die alte Schule, die sich auf Klassenprivilegien gründete, zertrümmern. Die Schule der vorrevolutionären Periode war im höchsten Grade vernachlässigt. Die „neue“ Schule — die Schule des „einfachen Volkes“ — war fast unterdrückt. In Bezug auf sie herrschte nicht nur Gleichgültigkeit, sondern direkt feindselige Gesinnung. Man war bemüht, sie zu einem Werkzeug der Vergiftung des Volksbewußtseins, zu einem Mittel der Verbreitung der blinden Treueunterschiedlichkeit zu machen. Auf ihren höheren Stufen war die Schule nicht nur einfach eine Schule der höheren Klassen, — sie war auch eine Abrihtungsanstalt zur Dressur von untertänigen Aufsehern über die Klassen aus dem einfachen Volke.

Diese alte Schule ist nach der Oktoberrevolution vollständig zerstört worden und an ihre Stelle ist eine neue Schule getreten. Die neue Schule Sowjetrußlands zeichnet sich durch ihren unmittelbaren Zusammenhang mit dem wirklichen Volke, durch innige Verbindung mit dem täglichen Leben und der Arbeit aus. Die neue Schule ist auf allen ihren Stufen kostenlos. Sie ist nicht nur für alle zugänglich, sie ist auch obligatorisch. Die nächste Generation wird nicht diesen unglücklichen Prozenten Analphabeten kennen, der bis jetzt Rußland kennzeichnete.

Ferner ist die Schule in Sowjetrußland eine einheitliche und eine Arbeitsschule. Der erste Begriff bedeutet, daß das ganze System der normalen Schule eine Einheit, eine ununterbrochene Leiter darstellt. Alle Kinder treten in ein und denselben Schulstufen ein und beginnen ihre Bildung auf die gleiche Weise. Alle haben sie das gleiche Recht, sich auf der Leiter bis zu den höchsten Stufen zu erheben. Gleichartig ist die Schule Rußlands auch deshalb „einheitlich“, weil sie dem Kinde nicht nur rein wissenschaftliche Kenntnisse gibt, sondern auch erzieht und es an Arbeit gewöhnt. Der die Einheitschule beendete hat, wird für die Teilnahme am Leben und an seinem Aufbau völlig vorbereitet sein.

Die Einheitschule ist aber nicht einseitig. Der Staat braucht Spezialisten und die heranwachsende Jugend hat verschiedene Neigungen und Talente. Deshalb teilen sich die Schüler vom 14. Lebensjahre an in verschiedene Gruppen, wobei jedoch die Grundfächer für alle dieselben bleiben.

Diese Gruppierungen tragen bis zum Uebergange in eine spezielle höhere Lehranstalt durchaus keinen abgeschlossenen Charakter. Die neue Schule ist eine Arbeitsschule. Das wird in ihrer ganzen jetzigen Organisation besonders hervorgehoben, da Sowjetrußland vor allem Menschen braucht, die zur Arbeit erzogen sind. Die nach diesen Grundfächern geschlossene einseitige Arbeitsschule zerfällt dem Alter der Kinder entsprechend, in zwei Stufen: die erste von 8 bis 13 Jahren, die zweite von 13 bis 17 Jahren. (Die nächste Stufe bilden die höhere Fachschule und die Universitäten.)

Auf der ersten Stufe basiert der Unterricht auf Prozessen, die mehr oder weniger handwerklichen Charakters sind, den schwachen Kräften der Kinder angemessen. Auf der zweiten Stufe rücken die Industrie — und die landwirtschaftliche Arbeit, in der Form der modernen Maschinenarbeit, an die erste Stelle. Ueberhaupt ist das Ziel der Arbeitsschule durchaus nicht die Vorbereitung des Schülers für die allseitige Bildung, die die Kinder praktisch mit den Methoden der wichtigsten Arbeitsformen bekannt macht.

Demgemäß erlernt das Kind in Sowjetrußland einerseits alle Fächer, indem es sammelt, zeichnet, photographiert, modelliert, formt, klebt, pflanzen und Tiere beobachtet, sie pflegt und aufzieht. Die Sprachen, Mathematik, Geschichte, Geographie, Physik und Chemie, Botanik und Zoologie haben in der neuen Schule eine schöpferische, aktive Unterrichtsmethode gefunden. Andererseits macht die Schule den Schüler mit den wichtigsten Arbeitsmethoden auf folgenden Gebieten bekannt: Tischler- und Zimmerarbeit, Drechselarbeit in Holz, Formen, Beschlagen, Sichern, Dreharbeit in Metall, Schmelzen, Löten und Härten der Metalle, Bohrarbeiten, Lederarbeiten, Drucken, verschiedene Zweige der landwirtschaftlichen Arbeit (auf dem Lande) usw.

Die militärischen Ligenzentralen.

Die nationalsozialistische Presse hat in den letzten Tagen die Deffenlichkeit mit Nachdruck über einen bevorstehenden großen kommunistischen Aufbruch in Mitteldeutschland zu deklamieren versucht. Nachdem bereits das Staatskommissariat zur Überwachung der öffentlichen Ordnung die Meldungen als das Produkt eines überhöhten Kopfes hingestellt hat, erklärt jetzt auch der Oberpräsident der Provinz Sachsen, daß alle derartigen Nachrichten völlig aus der Luft gegriffen seien. Die Arbeiterschaft in Mitteldeutschland sollte Ruhe haben und keine einseitig jeden Aufbruch ab. Die Aktion der nationalsozialistischen Presse ist nichts weiter als ein durchsichtiges Manöver.

Die Kappkronen-Presse geht über diese Feststellungen des Oberpräsidenten mit Stillschweigen hinweg, oder versucht sie abzuschwächen. Gleichzeitig werden neue Alarmnachrichten über das Ruhrgebiet verbreitet. Wir stellen demgegenüber noch einmal fest, daß die nationalsozialistische Presse mit dieser Hege die Deffenlichkeit lediglich von der wirklichen Gefahr — den Aufbruch von rechts — abgelenken versucht. Diese Gefahr besteht nach wie vor. Die Offizierskamarilla weiß, daß sie durch den Kapp-Aufbruch, politisch betrachtet, in die Defensive gedrängt worden ist. Sie will durchaus wieder die Oberhand gewinnen und versucht daher, durch verlogene Meldungen die Arbeiterschaft in Mißtrauen zu bringen. Das Material, auf das sie sich dabei stützt, entstammt den militärischen Ligenzentralen, die überall in die kommunistische Partei Spitzel dirigiert haben, denen die Aufgabe obliegt, gutgläubige Arbeiter durch übertriebene Redensarten zu Furchen aufzustacheln. Die Spitzel haben in den kommunistischen Versammlungen die Aufschlüsse selber aus und übergeben sie dann der Deffenlichkeit als angebliche Beschlüsse der gesamten Organisation. Mit diesen Methoden ist monatlang gearbeitet worden, damit der Lüttich-Putsch ungehindert herangebracht werden konnte. Jetzt will man damit die Deffenlichkeit von den neuen geheimen Plänen der Militärlamarilla ablenken. Dabei muß immer wieder auf die Gefahr hingewiesen werden, die in der Verbindung besteht, die gewisse Offiziere der Reichswehr mit radikalen Elementen der Arbeiterschaft angeschlossen haben. Wir haben vor einigen Tagen eine Warnung an die kranken Arbeitererschaft ergehen lassen und haben nachgewiesen, daß die Offiziere damit eine ganz bestimmte Absicht verfolgen. Sie wollen die Arbeiterschaft zu unüberlegten Streichen herausfordern, um dann um so leichter zu packen zu können und vor der Deffenlichkeit als die Retter des Vaterlandes zu erscheinen.

Wir warnen noch einmal vor diesen gefährlichen Verbindungen. Alle Offiziere, die sich das Vertrauen der Arbeiterschaft zu erschleichen suchen, sind Abgesandte der militärischen Ligenzentralen, die sich die Aufgabe gestellt haben, über die Leiden der Proletarier hinweg die Militärdiktatur aufzurichten.

Die Erhöhung der Postgebühren. Bei der Beratung des von der Nationalversammlung angenommenen, vom Reichspräsident aber zurückgewiesenen Gesetzes über die Erhöhung der Postgebühren beschloß der Reichstagsausschuß nach längerer Beratung, die Posttarifvorlage wieder zurückzuziehen und das Inkrafttreten des Gesetzes vom 1. auf den 6. Mai zu verschieben.

Reaktionäres aus Frankreich. In der Monatsgung der französischen Kammer hat der Justizminister auf Anfrage eines sozialistischen Abgeordneten mitgeteilt, daß gegen den sozialistischen Deputierten Vaillant-Couturier wegen eines im „Populaire“ erschienenen Artikels, der die Soldaten zum Ungehorsam aufgefordert haben soll, Strafantrag gestellt werden soll. — Marcel Cachin, der den Antrag auf Freilassung der Immunität erhebt, erklärt in der „Humanité“, die Sozialisten würden sich mit Vaillant-Couturier, der nur verlangt, daß die Soldaten von heute nicht auf das Volk schießen sollen, solidarisch erklären.

Die nötigen Arbeiten in den Schulräumen, in der Küche, wo Frühstück und Mittagessen zubereitet wird usw.

Die Kinder nehmen an dem ganzen Schulleben teil. Sie besitzen das Recht der Selbstverwaltung und der beständigen aktiven Selbsthilfe. Da sie sich vorbereiten, Bürger des Staates zu werden, müssen sie sich vor allen Dingen daran gewöhnen, Bürger ihrer Schule zu sein.

Die Organisation der neuen Schulen hat nie dagewesene Summen gekostet: die Einrichtung und der Unterhalt der einheitlichen Arbeitsschulen haben für das Jahr 1918 über zehn Milliarden Rubel erfordert.

Die allgemeine Fortbildung, die die Sowjetmacht vom vergangenen Regime geerbt hat, hat sich auch im äußersten Mangel an Lehrbüchern und verschiedenen Lehrmitteln gezeigt. In Moskau, Petersburg und der Provinz besteht eine Reihe besonderer Anstalten für Lehrmittel; ihnen angehängten Bemühungen ist es gelungen, das erforderliche Minimum an Schulbedarfsmitteln zu beschaffen.

Zur Ergänzung der für die neue Schule erforderlichen Lehrkräfte besteht ein ausgedehntes Netz von pädagogischen Kursen, die die Reihen der Schularbeiter ununterbrochen mit frischen Kräften versetzen.

Zur wissenschaftlichen Erörterung von pädagogischen Fragen und zur Vorbereitung von Professoren für die pädagogischen Kurse funktionieren zwei höhere pädagogische Akademien.

Im verfliehenen Jahre hat das Volkskommissariat der Kultur eine kolossale Arbeit leisten müssen; es hat die alte Schule, die viele Mängel geschlossen hatte, zerbrochen und eine neue Schule schaffen müssen. Durch angelegentliche Arbeit ist es gelungen, dies zu verwirklichen, und die beständige einheitliche Arbeitsschule geht neuen, detaillierten Maßnahmen entgegen.

Malkonzerte für die Arbeiterschaft. Die Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Musikerverbandes veranstaltet am 1. Mai d. J., vorm. 11 Uhr, vor dem Reichstagsgebäude ein großes Musikkonzert. Die Kapelle besteht aus 800 der erkranktesten Musiker genannter Organisation. Es geht auch ohne Militärlamarillen Dirigent des Orchesters ist der Kapellmeister Karg. — Der ukrainische Nationalchor veranstaltet am 1. Mai d. J., 2 1/2 Uhr nachmittags, im Central-Theater (Kommandantenstraße), ein Konzert für die Berliner Arbeiterschaft. Eintritt frei. Der Chor hatte seinen bei seinem ersten Konzert in der Singakademie mit seinen eigenartigen Weisen einen großen Erfolg. Seine musikalischen Leistungen gefielen außerordentlich.

Soffliederkonzert. Das erste Konzert der vereinigten Soffliederköre Groß-Berlins wird am 7. Mai in den Sommerfälen (Zeltweg, Ecke Belle-Alliance-Straße) stattfinden.

Im Reichstheater geht am Montag, den 3. Mai, zum ersten Male „Offiziere“, ein Schattenspiel in acht Bildern, von Hans Weismann, in Szene.

Steuerveranstaltung. Bei Paul Cassirer werden von Freitag, den 30. April, ab Zeichnungen und Aquarelle von Ernst Max Pienop gezeigt.

Gewerkschaftliches.

Metallarbeiter-Verband.

Achtung! Mitglieder der mittleren Verwaltung! Heute abend 7 Uhr Sitzung der mittleren Ortsverwaltung. Wir erlassen dringend um das pünktliche Erscheinen der Mitglieder. Die Ortsverwaltung.

Massenprotest der Elektrikitätsarbeiter gegen den Schiedsspruch.

Eine vom Vorsitzenden der hiesigen Elektrikitäts-Arbeiter abgeordnete Versammlung der Arbeiter und Angestellten zum Mittwoch in Köpenick, Heberstraße, hatte einen Klagenbescheid aufzuweisen, um zu dem vom geschiedlichen Generalkonflikt abgegebenen Schiedsspruch Stellung zu nehmen. Kollege Engelmann nahm an dem Bescheid teil und erklärte, daß derselbe auf den Lohnjäger, sowie den Ergänzungsbestimmungen die ungünstig für die Arbeiter abgefaßt habe, daß von vornherein nicht auf seine Annahme eingegangen werden konnte. Er kritisierte die Forderungen des Schiedsrichters, welcher erklärte, mit den Ertragsverhältnissen der Revolution müßte endlich aufgeräumt werden. Eine starke Erregung machte sich bei diesen Forderungen in der Versammlung bemerkbar. In seinen weiteren Ausführungen gibt er bekannt, daß durch Urabstimmung der Schiedsspruch mit 1481 gegen 34 Stimmen abgelehnt worden ist. Vertreter beider sozialdemokratischen Fraktionen in der Stadtverordnetenversammlung waren auf Einladung in der Versammlung anwesend. Genosse Weise, der die Stimmung der Kollegen während der Abstimmung verriet, sprach zur Unterstützung des Schiedsspruchs einzutreten, daß jedoch, auch die Interessen der Steuerzahler zu berücksichtigen. Alle Diskussionen waren für Ablehnung des Schiedsspruchs. Die Vertreter der Angestellten wiesen in ihren Ausführungen auf die volle Solidarität der Angestellten hin, was ihnen von den Arbeitern auch bei ihrem vorliegenden Votum zugestimmt wurde. Die neue Ertragslage aller Angestellten und Arbeiter ist deutlich zutage. Einmütig wurde beschlossen: Wenn alle Verhandlungsmöglichkeiten scheitern, sollen die Organisationen den Zeitpunkt der Aktion bestimmen. Gleichzeitig wurde folgender Antrag einstimmig angenommen. Die Vollversammlung möge beschließen, daß sämtliche Verhandlungsmöglichkeiten scheitern und der Kampf und ausgezogen wird, mit Kollegen, an denen die Revolution spurlos vorbeigegangen, 2. h. wenn sie uns in den Rücken lassen sollten, nicht mehr zusammenarbeiten, und dafür zu sorgen, daß diese Kollegen aus dem Werk entlassen werden.

Russland streift alles ab.

Mit Bezug auf die in dem Artikel „Wahrgelungen unter Verhale eines Gewerkschaftsfunktionärs“ in Nr. 143 der „Freiheit“ gebrachten Behauptungen werden wir um Aufnahme der folgenden Zeilen ersucht:

1. Es ist nicht wahr, daß ich „im Auftrage der Gewerkschaftsleitung“ das Personal zusammenberufen habe, um über die Aufhebung der passiven Resistenz abstimmen zu lassen, sondern ich tat dies auf direkten Wunsch einer Reihe von Kollegen, darunter auch dem Vertrauensmann der Organisation.

2. Es ist nicht wahr, daß ich das Personal durch die von mir beantragte Abstimmung durch die Gegenwart des Geschäftsleiters beeinflusst hätte, denn die vorher vom Obmann benommene Abstimmung erfolgte gleichfalls in Gegenwart des Geschäftsleiters.

3. Es ist ebenfalls nicht wahr, daß die „Wahrgelungen unter Verhale eines Gewerkschaftsfunktionärs“ gehalten. Wahr ist vielmehr, daß ich von der Entlassung von zwei Personen absolut keine Kenntnis hatte und ich für die Rückentlassung des Obmanns nachweislich eingetreten bin.

Ich darf wohl hinzufügen, daß der mir in Punkt 3 tatsächlich gemachte Vorwurf keine Entschuldigung finden dürfte durch die Erklärung des Obmanns in der ebenfalls einflussreichen Druckverammlung: „Diesen Vorwurf lassen wir fallen!“

4. Die Hülfsarbeiter, Bunkerer usw., die den Betrieb bereits verlassen hatten, hatte ich auf Veranlassung des früheren Vertrauensmannes der Maschinenmeister und eines weiteren seiner Kollegen im Lokal aufgejagt und sie gebeten, im Interesse der Geschlossenheit der Arbeiterschaft die Arbeit wieder aufzunehmen, was auch geschah. Für die von mir unternommenen Schritte sind mir gerade von letzteren beiden Kollegen Worte des Dankes geworden.

Daß die Redaktion eines Arbeiterblattes von Arbeitern so geflissentlich mißbraucht wird, nur um einem Mitarbeiter zu schaden, finde ich höchst bedauerlich. Paul Russel.

Wir können aus eigener Kenntnis nicht sagen, wer im Recht ist und müssen es unserm Gewissen überlassen, sich nachmals zu äußern.

Groß-Berlin.

An unsere Abonnenten!

Die denjenigen Abonnenten, die den Monat Januar voll bezahlt haben, als Gratisbeilage der „Freiheit“ zugelegte Broschüre „Winterschub“ ist im Druck und wird Anfang Mai zur Ausgabe gelangen. Die Verzögerung ist, wie unsere Leser wissen, dadurch entstanden, daß der Einspruch des Oberpräsidenten gegen die Beschlüsse des Wohnungsverbandes, die Festlegung der Höchstmiete und den Erlaß der dementsprechenden Verordnung bis in die letzte Zeit hinausgezögert hat.

Verlaß der „Freiheit“.

Prächtige Solidarität.

Am Sonnabend früh 8 Uhr wurden in Eberswalde acht Genossen plötzlich verhaftet und ins Amtsgerichtsgefängnis gebracht. Man hatte 16 Genossen aufgeboten. Einige Genossen begaben sich zum Gefängnisinspektor wegen Freilassung. Der ihnen vorgelegte Haftbefehl, vom Untersuchungsrichter in Prenzlau unterzeichnet, beschuldigte die Verhafteten, während des Generalkonflikts Menschenanstellungen hervorgerufen und den Genossen einen Kampf gewalttätig erzwungen zu haben. Eine fürchterliche Straftat während des Generalkonflikts! Inzwischen ergreift die Arbeiterschaft eine mächtige Erregung und sie legen überall die Arbeit nieder und bewegte sich in langen Reihen zum Gefängnis. Inzwischen ging Genosse Schödel mit mehreren Genossen zum Amtsrichter, der die Sünden vernehmen sollte. Er machte auf die bedrohliche Gefahr aufmerksam und verlangte die sofortige Entlassung der Häftlinge. Er hätte sich bereits mit dem Untersuchungsrichter in Verbindung gesetzt und erwartete dessen Bescheid. Während er war die nach Tausenden gäbelnde Kreispolizei vor dem Gefängnis ansetzte und verlangte die Entlassung. Ein Arbeiter der Fernsprecher sehr schnell und der Untersuchungsrichter aus Wenzlau teilte dem Amtsrichter mit, daß er entlassen! Hier zeigte es sich wieder, daß die Arbeiterschaft sich derartige Gewalt nicht gefallen läßt! Durch das einmütige Vorgehen wurde die Aktion verhindert. Was soll denn aber eine derartige Verurteilung in der Arbeiterschaft! Man gewinnt den Eindruck, als ob es auf eine Verhöhnung der Arbeiter abgesehen ist! Wenn nur die Aktion des Winters gegen die Reaktion ange-

wendet würde, gibt es keine Rechtsparatiken mehr. Aber die Gefahr ist nach wie vor da, trotz aller schönen Regierungserklärungen! Und dann soll die Arbeiterschaft noch Vertrauen zu dieser sogenannten Regierung haben. Wo bleibt denn das Vertrauen über die Durchführung der am 1. Mai, die vom Gewerkschaftsbund angeordnet wurden. Die Arbeiterschaft kann sich einwilligen damit abgefunden haben und hat den Genossenschaft aus. Aber nach nicht eine dieser Forderungen ist erfüllt! Und dann soll Ruhe und Ordnung einziehen!

Zur Weisheit.

Die diesjährige Weisheit ist die unfaßbarste worden zu fallen von all den Weisheiten bisher. Das hiesige Arbeiter- und Angestellten wird die Arbeitstube freigegeben. Der Soldat wird nur als beschränkter Sonntagdiener durchgeführt. Die Weisheit führt, 8 in über mit Einschränkungen zu rechnen.

Die Schulen in Berlin werden geschlossen. Die Weisheit und Spandau und in den Gemeinden mit sozialistischer Weisheit. Obwelt es sich um den Schulbetrieb handelt, soll kein Kind und kein Lehrer genötigt werden, am 1. Mai am Unterricht teilzunehmen.

Deutschnationale Siegesfeier.

Nachdem der Kapp-Putsch ein lächerliches Fiasko gefunden hat, versucht die deutschnationale Partei jede Verbindung mit ihm abzuleugnen. Die Herrschaften wollen auf einmal nichts davon gewußt und, soweit sie Kenntnis hatten, davon abgesehen haben und das ganze als die Tat einzelner Verräter betrachten wissen. Sie hoffen, daß niemand weiß, daß in einzelnen Orten an dem Sonnabend nach dem Kapp-Putsch Siegesfeiern stattgefunden haben.

In Hermsdorf fand auch eine solche Feier der Deutschnationalen im Restaurant Ludwigsruh statt. Der Vorkühde ihrer Partei, Major Blume, feierte mit überhöflichen Worten die Tat Kapps und Lüttich. Sogar Mitglieder der Sicherheitswehr nahmen an dieser Feier teil. Der Oberleutnant der Sicherheitswehr Richter wurde vom Major Blume mit den Worten empfangen: „Gut, daß Sie kommen. Sie können uns am besten Auskunft geben, wie die famose Sache vor sich gegangen ist.“ Richter kam dieser Aufforderung nach und erging sich wie die anderen gegen die „davongezogene Regierung“. Wir empfehlen dem Polizeipräsidenten Richter, sich mit seinem Namenvetter näher zu befaßen.

Militarismus.

Folgender kaum glaublicher Vorfall spielte sich um die Mittagszeit des 24. April ab. Der bei der Kommandantur Döberitz beschäftigte Arbeiter Dehner befand sich am genannten Tage mit einem Soldaten auf dem Wege von seiner Arbeitsstätte Döberitz nach der Kommandantur. Unterwegs, also wohl-gemerkt, nicht im Döberitzer Lager, sondern auf der Landstraße, grüßte ihn ein Abteilungs Soldaten unter Führung des Feldwebelsmanns Ramon vom Regiment Döberitz, der selbige war zu Pferde. Der Soldat, welcher Dehner begleitete, grüßte vorkriechend durch Anlegen der Hand an die Wange, während Dehner als Zivilist, einfach „Guten Tag“ sagt. Der Offizier erwiderte den Gruß nicht, ritt aber nach einer Minute zurück und fragte Dehner, warum er nicht vorkriechend grüße. Dehner erwiderte, er sei Zivilist, als solcher bei der Kommandantur beschäftigt und brauche daher nicht militärisch zu grüßen, worauf ihn der Offizier mit Schweiß, Schurke und Schult beistellte, er würde dafür sorgen, daß Dehner von der Kommandantur entlassen werde. Dehner erklärte darauf, er sei organisiert, gehöre dem Verbands an, bei seiner Entlassung habe daher der Schlichtungsausschuß auch ein Wort mitzureden. Hierauf erwiderte der Offizier: „Der Schweiß, ich ich... auf Europa Organisation“, wobei Dehner am Kraken und hob ihn etwas in die Höhe. Dann gab er zwei Unteroffizieren den Befehl, Dehner zu verhaften, worauf ihn einer der Unteroffiziere ins Gesicht schlug. Als Dehner erklärte, er werde sein Recht suchen, gab der Offizier Anweisung, ihn laufen zu lassen.

Ein ähnlicher Fall spielte sich beim letzten Generalkonflikt ebenfalls in Döberitz ab. Beide Fälle wurden durch den Obmann der Organisationsleitung mitgeteilt, welche höfentlich dafür sorgen wird, daß sich diese skandalösen Vorfälle nicht wiederholen. Dehner hat an der linken Wade eine blutunterlaufene Wunde davongetragen.

Es ist das nicht immer noch derselbe Militarismus von Ehemal! Und es gibt noch Arbeiter, die ihn erhalten wollen!

Wohlfühlkurse. Im Rahmen der Volkshochschule Große Berlin beginnen am 30. 4. 20 folgende Vorkurskurse: 7 Uhr abends im Dorotheen-Städt. Realgymnasium, Dorotheenstr. 12 Prof. Dr. Fischer: Einführung in die Mathematik II; 8 Uhr abends im Ethel-Inst. d. Univ., Schloß-Portall III. Prof. Dr. Kapp: Ueber Veranschaulichungen; 7 Uhr abends, Landm. Hochsch. Anstaltstr. 44, Dr. Schatz: Mineralien und Gesteine; 7 Uhr abends, ebenda: Oberl. Werkstätten: Gemeinschaftslehre; 8 1/2 Uhr abends, Quisenhüdt, Gymnasium, Weimstr. 40, Prof. Thiel: Die Volkformen von Wand bis Braum und Einföhrung in Meisterwerke der Kunst; 7 1/2 Uhr abends, Königl. Hochsch. Oberrealschule, Poststr. 44/46, Dr. Neugebauer: Vorkurs der griechischen Plastik; 8 Uhr abends, Tropen, Realgymnasium, Neue Kugallee 6, Dr. Krohn: Landeskunde von Norddeutschland; 7 Uhr abends, ebenda: Dr. Wisse: Schiller, Einführung des „Don Carlos“; 7 Uhr abends, Friedr. Realgymnasium, Wittenmolder Str. 34-37, Dr. Jacobsthal: Einführung in die Mathematik; 6 Uhr abends, ebenda: Landrichter Hubert: Rechtsfragen des täglichen Lebens; 8 Uhr abends, ebenda: W. Koch: Schiller, Einführung des „Don Carlos“.

Die Einführung der Fahrkartensautomaten. Die Eisenbahndirektion wird, wie wir hören, vom 1. Mai ab die auf den Bahnhöfen ihres Bezirks stehenden, früher nebenstehenden Fahr- und Fahrkartensautomaten aus dem Betriebe zurückziehen. Der Hauptgrund für diese Maßnahme ist die geringe Benutzung infolge des allgemein herrschenden Kleingeldmangels. Dem zu erwartenden Andrang zu den Schaltern wird die Eisenbahndirektion möglichst durch Vermehrung der Fahrkartenschalter zu begegnen suchen. Außerdem werden die Fahrkartensblöcke zu je 10 Stück in den am meisten geforderten Verkehrsstrecken an den Schaltern vorräufig gehalten, um das Vorauszahlen der Fahrkarten zu erleichtern.

Die Pensionierung der alten Arbeiter der Spandauer Reichswerke. Mit dem 30. April endet für die alten Staatsoffiziere der Reichswerke die Frist zur Einreichung ihrer Pensiongesuche. Nachdem es nun gelungen ist, die notwendigen finanziellen Grundlagen sicher zu stellen, wird, wie wir hören, für alle Reichswerkstätten im Deutschen Reich eine neue Pensionstafel errichtet werden, die es ermöglichen wird, daß alle Arbeiter und Angestellten der Reichswerkstätten auch künftighin ihre Pensionen erhalten.

Zähne 4 Mark 7.- Mark

mit echtem Friedens-Kautschuk
schöne, natürliche Farbe bei 5 Jähr. schriftlicher Garantie.
Zähne mit Brillen, Perlbohnen nach bewährter Methode bei Bestellung von Gabeln gratis

Spezialität: Zähne ohne Gummien, Kronen von 30 Mk. an, bei 2 Luxussteilen! Fachmännische Handwerkerarbeit und Rat kostenlos

Zahnpraxis Matvani, Ranziger Straße 1

1 Ecke Schöndorfer Allee, Finanziar-Direktor Steinhilber, Schöndorfer Allee v. 9-11, 7-7. Sonntags und Feiertagen 11-12

In den letzten 2 Jahren über 2200 Gebisse zur vollsten Zufriedenheit geliefert.

